

HEIKE RUNG-BRAUN Hauptstraße 123, 67159 Friedelsheim

Herrn  
Hans-Ulrich Ihlenfeld  
67454 Haßloch



1. Februar 2013

## Einspruch, Herr Ihlenfeld !

Sehr geehrter Herr Ihlenfeld,

Sie bezeichnen eine Bemerkung von mir in Bezug auf eine Aussage von Ihnen auf ihrer Homepage unter dem Schlagwort "Unzutreffend behauptet!" als populistische Pauschalierung, die einem seriösen Wahlkampfstil nicht entspreche. Von einem solchen Stil bin ich weit entfernt und verwahre mich gegen die Verbreitung solcher negativen Äußerungen zu meiner Person.

In der Rheinpfalz vom 14.01.2013 wurde berichtet, dass Sie in Ihrer Vorstellungsrede in Ungstein am 10.01.2013 gesagt haben sollen, dass Sie besonders im Sozialbereich, ... die Notwendigkeit sehen würden, weitreichende und teure Maßnahmen wie Heimunterbringungen zu reduzieren, dafür aber die Präventionsangebote und die Eigenverantwortung von Familien stärken wollen.

Ich bestehe auf meinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, wenn ich in meiner Kirchheimer Rede dazu gesagt habe: „Es hat mir nicht gefallen, welche Einsparungen in diesem Bereich der Kollege aus Haßloch vornehmen will.“

Aus meiner Erfahrung als Rechtsanwältin in den Schnittstellenfällen von Familienrecht, Umgangsrecht, Sozialrecht und Jugendhilferecht steht das Kindeswohl eindeutig an oberster Stelle in den Abwägungsprozessen. Leider gibt es in unserer Gesellschaft Familien, die nicht in der Lage sind, die Eigenverantwortung für ihre Kinder wahrzunehmen. Solche Kinder erfahren bei der Heimunterbringung oftmals zum ersten Mal das Leben in einer Tagesstruktur und lernen dort u.a., gestellte Aufgaben zu erledigen und Verantwortung zu übernehmen.

Im Zusammenhang mit meinen Ausführungen zu den Ausgaben des Kreises im „Jugendetat“ habe ich an einigen Beispielen skizziert, wie für mich nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik aussehen kann. Mein Tenor war: Wenn die Wirtschaftskraft sowie die Bildungs- und die Jugendsozialarbeit mit Haushaltsmitteln des Kreises gestärkt werden, dann sichert dies

### HEIKE RUNG-BRAUN

Hauptstraße 123  
67159 Friedelsheim

Tel.: 06322 62666 oder 0621 10093  
rung-braun@fwg-rlp.com

www.fwg-rlp.com oder  
www.fwg-duew.de

### SPENDENKONTO

FWG-Kreisverband LK DUEW e.V.  
Bank Sparkasse Rhein-Haardt

Konto 5287016  
BLZ 54651240

dem Kreishaushalt mittel- und langfristig auch Einnahmen und führt zu weniger Sozialausgaben. Wörtlich habe ich gesagt:

*Als direkt gewählte Landrätin werde ich mich einsetzen*

- für den weiteren **Ausbau der Kinderbetreuung** in geeigneten Einrichtungen und Tagesstätten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf junger Eltern: Denn Investitionen für unsere Kinder und für junge Familie sichern dem Kreis als attraktives Wohngebiet nachhaltige Steuereinnahmen;
- für eine **Jugendhilfeplanung** unter Beachtung wissenschaftlich fundierter, sozialpädagogischer Standards und sich daraus ergebender Ermessensspielräume; wo Rechtsansprüche bestehen oder eine konkrete Gefahr für das Kindeswohl besteht, ist die finanzielle Solidarität auch der Kreisbevölkerung nicht in Frage zu stellen;
- für die **Stärkung der präventiven Jugendsozialarbeit**; ich bin **gegen unangemessene Mittelkürzungen bei der Bildungs- und Jugendverbandsarbeit**: Investitionen in die Strukturen des schulischen und außerschulischen Bildungswesens sichern eine gute Ausbildung und Lebensbildung unserer jungen Menschen - wohnortnah - in ihrer Heimat - und führen der Wirtschaft leistungsstarke und motivierte Auszubildende und Arbeitnehmer zu; denn auch das dient einer nachhaltigen Standortsicherung und sichert dem Kreis mittel- und langfristig Einnahmen im Haushalt;

Im Zusammenhang mit den hohen Belastungen des Kreishaushaltes bei den Sozialausgaben wiederholte ich auf Nachfrage aus dem Publikum meine Auffassung als „Sozialrechtlerin“, dass bei gesetzlich verankerten Rechtsansprüchen der Kreis keine Ausgabenkürzungen vornehmen darf. Als Lösungsansatz zur Kompensation der Ausgaben habe ich u.a. auf das konsequente Einfordern des Konnexitätsprinzips verwiesen. Ich habe aber auch gesagt, dass bei Ausgaben im Sozialbereich ein Stück weit auch die finanzielle Solidarität der Kreisbevölkerung gefragt ist.

Fakt ist auch, dass der Kreistag Mittelkürzungen für die Kreis-Jugendverbände beschlossen hat, was zu Protesten der Jugendvertretungen geführt hatte. Ich bin überzeugt, dass mehr Beteiligung unserer mündigen Bürger bei der Vorbereitung von politischen Entscheidungen zu höherer Akzeptanz von notwendigen Haushaltskürzungen führt. Nicht nachvollziehbare Streichungen führen zu Protest.

Nachdem wir nun beide nochmals unsere Standpunkte klargemacht haben, sind wir als erfahrene Juristen sicher konsensfähig in der Diskussion um künftige Investitionen in die Jugend – unser beider Anliegen.

Freundliche Grüße

